

Pressemitteilung

15. Juni 2018



DEMOKRATESCH
PARTEI

Öffentlicher Dienst: DP-Forderung nach Stagezeitverkürzung angenommen

Dank einer verantwortungsvollen und konsequenten Haushaltspolitik konnten die öffentlichen Finanzen in der laufenden Legislaturperiode wieder solide aufgestellt werden. Dies schaffte budgetäre Spielräume, die gezielte Entlastungen der Mittelschichten und Familien ermöglicht haben, beispielsweise mittels einer sozial gerechten Steuerreform, eines finanziell besser aufgestellten und flexibleren Elternurlaubs, der Einführung von gratis Schulbüchern im Secondaire oder der Einführung des Mietzuschusses (Subvention loyer).

In diese Logik reiht sich auch das neue Gehälterabkommen im öffentlichen Dienst ein, das durch die Abschaffung der 80-80-90-Regel gerade jungen Menschen, die sich in der Rush Hour ihres Lebens befinden, mehr finanziellen Freiraum verschafft. Das Abkommen zwischen der Regierung und der CGFP fußt auf konkreten Forderungen der DP.

In der Tat hatte die DP bereits im Februar diesen Jahres einen Vorstoß gemacht, um die Stagezeit im öffentlichen Dienst zu kürzen. Die Reform des Staatsdienstes der CSV/LSAP-Vorgängerregierung hatte sich nämlich in Teilen als kontraproduktiv herausgestellt, vor allem im Bereich der Ausbildung und der Praktikumsdauer.

So hat die DP bereits Anfang des Jahres gefordert, dass eine Reform des Stages im Rahmen eines neuen Gesamtübereinkommens diskutiert werden müsste. Eine dreijährige Stagezeit, wie die CSV sie aus einer reinen Sparlogik heraus eingeführt hat, macht in den Augen der DP nämlich schlichtweg keinen Sinn. Die DP begrüßt daher, dass die Stagezeit wieder auf zwei Jahre verkürzt wird. Auch die 80-80-90-Regelung ist damit hinfällig.

Es gilt nun die Ausbildung der Beamtenanwärter in der Stagezeit grundlegend zu überarbeiten. Die Kandidaten benötigen eine auf sie abgestimmte Ausbildung, die eine sinnvolle Ergänzung der in der Grundausbildung erworbenen Kompetenzen darstellt.

Aus diesem Grund muss nun vorerst das INAP (Institut national d'administration publique) reformiert werden. Das Bildungsangebot muss erweitert und vertieft werden und es muss verstärkt auf eine kontinuierliche Weiterbildung während der Beamtenkarriere gesetzt werden. Neben der Vermittlung von Schlüsselkompetenzen, muss der Schwerpunkt, in Zeiten einer digitalen Verwaltung, zudem vermehrt

148-150, bd de la Pétrusse
L-2330 Luxembourg

Tel. : 22 10 21
Fax : 22 10 13

dp@dp.lu
www.dp.lu

auf digitale Fähigkeiten gelegt werden. Auch die von der DP vorgeschlagene Ecole d'Administration, die als weiterführende Schule potenzielle Beamtenanwärter auf ihre Karriere im öffentlichen Dienst vorbereitet, gilt es nun weiter voranzutreiben.

Eine grundlegende Reform der Ausbildung der Beamtenanwärter ist die Basis dafür, dass die Qualität des öffentlichen Dienstes gesichert bleibt. Die DP begrüßt ausdrücklich das neue Gesamtübereinkommen als ersten, wichtigen Schritt in diese Richtung.